

**Beschlussvorlage
zum TOP 5
„Antrag des Beirates zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge
für die Haushalte 2022 und 2023 gemäß § 32 OBG “
der Beiratssitzung am 23.02.2021**

Der Beirat Burglesum möge beschließen:

Gemäß §32 (1) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter stellt der Beirat Burglesum folgende Anträge zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge:

- 1) Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, das **Schul-Projekt „Campus Lesum“** weiter zügig umzusetzen, hierfür sind die notwendigen Mittel in den Haushalten 2022 und 2023 zu hinterlegen. Das Projekt ist eines der größten Schulprojekte in Burglesum und beinhaltet auch die notwendige Neugründung einer Grundschule für den Stadtteil. Es bedarf einer entsprechenden hohen Priorisierung.
- 2) Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die nötigen Mittel für die Planung und den Bau einer **Schulsporthalle neben der Grundschule an der Grambker Heerstraße** in den Haushalten 2022 und 2023 zu veranschlagen.
- 3) Die Senatorin für Kinder und Bildung wird aufgefordert, die Investitionsmittel für den Neubau von erforderlichen **Schul-Mensen** als auch einer Erweiterung der Mensa an der Oberschule an der Helsinkistraße im Haushalt einzustellen. Damit soll eine umfängliche und angebrachte Versorgung aller Schüler/innen an den Ganztagschulen zukünftig ermöglicht werden.
- 4) Der Senator für Finanzen wird aufgefordert, die nötigen Mittel für die **Sanierung von Schulsporthallen**, vor allem der Schulsporthallen an der Oberschule Helsinkistraße und an der Grundschule St. Magnus, einzustellen.
- 5) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Planungsmittel zur **Umgestaltung des Helsingborger Platzes** in den Haushalten 2022 und 2023 zur Verfügung zu stellen, um gemeinsam mit Bürger/innen, Beirat und Einrichtungen vor Ort ein städtebauliches Konzept erarbeiten zu können. Das Wohngebiet Marßel ist seit 2020 wieder in das Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften“

aufgenommen worden. Auf dieser Grundlage ist daher ebenfalls zu prüfen inwieweit für das städtebauliche Konzept auch eine Ko-Finanzierung aus der WiN-Förderung möglich ist. Derzeit ist der Platz stark geprägt durch Leerstand und teilweise, für ein Wohnquartier untypische Nutzung und wird als „Angst-Ort“ von der Bevölkerung wahrgenommen. Ziel von WiN ist es, unter anderem diese Strukturen in Quartieren zu beseitigen.

- 6) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, die fehlenden Mittel zur Errichtung der **Lärmschutzwand** entlang der Bahntrasse an der **Grönlandstraße** in den Haushalt 2022 einzustellen, damit die Maßnahme spätestens in 2022 abgeschlossen wird.
- 7) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Mittel für die Erweiterung der P+R Anlagen zu **Mobilitätsstandorten an den Bahnstationen in Burg, Lesum und St. Magnus** in die Haushalte 2022 und 2023 einzustellen.
- 8) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, Planungskosten für die **Umgestaltung des Goldbergplatzes und des Platzes an der Burger Heerstraße** zur Verfügung zu stellen.
- 9) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, weitere Mittel in den Haushalt 2022 und 2023 einzustellen, um **das Personal zur Überwachung von Ausgleichsmaßnahmen** (u.a. Baumschutz) zu erhöhen. Vor allen Dingen in den Ortsteilen mit altem Baumbestand und großen privaten Grundstücken, wie in St. Magnus und Lesum, muss die notwendige Kontrolle von Ausgleichsmaßnahmen gewährleistet sein.
- 10) Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa wird aufgefordert, die Mittel für die **Umweltwächter:innen** weiterhin bereitzustellen und zu verstetigen, weil sich diese arbeitspolitische Maßnahme für unseren Stadtteil als unverzichtbar erwiesen hat und für die betroffenen Personen ein wertvoller Wiedereinstieg in das Berufsleben ist.
- 11) Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau wird aufgefordert, die notwendigen Mittel zu dringenden **Sanierung der Stader Landstraße** in den Haushalten 2022 und 2023 einzustellen.
- 12) Der Senator für Inneres wird aufgefordert, in den Haushalten 2022 und 2023 weitere Mittel für den personellen **Ausbau des Ordnungsamtes** einzustellen, um eine deutliche höhere Präsenz in den Stadtteilen sicherzustellen und die zunehmenden Aufgaben (u.a. Verkehrsüberwachung) bewältigen zu können.
- 13) Der Senator für Inneres wird aufgefordert, Planungsmittel für einen Neubau einer **Schwerpunktfeuerwehr „Burglesum“** für die Freiwilligen Feuerwehren Burgdamm, Grambkermoor und Lesumbrok in den Haushalten 2022 und 2023 zu veranschlagen.
- 14) Der Senator für Inneres wird aufgefordert, Mittel in den Haushalten 2022 und 2023 einzustellen, um die Anzahl der Kontaktpolizisten allgemein zu erhöhen, freie Stellen unverzüglich nach zu besetzen und einen **zusätzlichen Kontaktpolizisten für den Bereich Burg-Grambke, Werderland und den Bremer Industriepark** einzusetzen.

Die jeweiligen Fachressorts werden gebeten, die Anträge gemäß §32 (2) Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter zu bearbeiten.

(Einstimmige Beschlussempfehlung des Sprecherausschusses an den Beirat)